

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 70 (1978)
Heft: 11

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Internationale Gewerkschaftspolitik

Die September-Nummer der im Kölner Bund-Verlag erscheinenden *«Gewerkschaftlichen Monatshefte»* befasst sich mit «Internationaler Gewerkschaftspolitik». Im ersten Beitrag erläutert Karl Kühne unter der Überschrift «Im Schatten des Eurokommunismus» die Gewerkschaftspolitik in Italien und Spanien. Er untersucht die Auswirkungen des Richtungswechsels der italienischen und spanischen kommunistischen Parteien, der profiliertesten Vertreter des Eurokommunismus, auf die ihnen verbundenen Gewerkschaften. Dass er dabei auch auf die spezifischen wirtschaftlichen Situationen dieser beiden Länder zu sprechen kommt, versteht sich von selbst.

Der zweite Beitrag, mit dem Titel «Das verstärkte Interesse der französischen Gewerkschaften am DGB», stammt aus der Feder des in Paris lehrenden Professors François Sellier. Der Autor zeigt als erstes auf, dass die Krise und die damit verbundenen gemeinsamen Probleme aller europäischen Staaten die Gewerkschaftsbewegungen der verschiedenen Länder einander näher bringen. Er weist in seiner Arbeit vor allem nach, wie bei den drei wichtigsten französischen Gewerkschaften das Interesse an der Arbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes enorm gestiegen ist. Parallel dazu steigt auch der Wunsch nach besseren Kontakten. François Sellier verschweigt aber nicht, dass trotz der Annäherungswünsche erhebliche Unterschiede in den Zielen der deutschen und französischen Gewerkschaften bestehen, so zum Beispiel in der Einschätzung der Kollektivverhandlungen, die in Deutschland und Frankreich nicht die gleiche Bedeutung haben. Während in Frankreich oft Tarifabkommen (für die gesamte Industrie und den Handel) auf Veranlassung des Staates abgeschlossen werden, wird das aktive Eingreifen staatlicher Stellen in die Verhandlungen und bei Tarifabschlüssen in Deutschland von Unternehmern und Gewerkschaften gleichermassen entschieden abgelehnt. Auch auf die unterschied-

liche Auffassung hinsichtlich der Mitbestimmung in den beiden Ländern geht der Autor recht differenziert ein.

Recht viel Information bietet auch die dritte veröffentlichte Arbeit. Sie erläutert die Situation der französischen Gewerkschaften nach den Parlamentswahlen dieses Jahres. Als Autoren zeichnen Peter Jechalke und Peter Carl Ruhm. Der vierte Hauptbeitrag stammt von Bassam Tibi, der sich mit «Gewerkschaften und Staatspartei in Afrika am Beispiel Tunesiens» befasst. Diese Arbeit erhält zusätzliche Bedeutung durch die kürzliche Verurteilung von tunesischen Gewerkschaftsführern zu vielen Jahren Zwangsarbeit. Ausgehend von dem von den Gewerkschaften zu Beginn dieses Jahres ausgerufenen Generalstreik, in dessen Folge die Gleichschaltung des tunesischen Gewerkschaftsbundes eingeleitet wurde, werden die gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen aus historischer Perspektive in einem Land beleuchtet, das – wie die meisten afrikanischen Staaten – mit einem Einparteiensystem regiert wird. Dieser Artikel trägt auch dazu bei, den bei vielen Schweizern noch vorhandenen «demokratischen Mythos» Bourgibas etwas abzubauen.

Hinweise

Über eine neue Masche (wahrscheinlich ist sie gar nicht so neu) von Arbeitgebern in Deutschland berichtet unter der Überschrift «Kranksein nicht erlaubt» die Juli/August-Nummer der in Brüssel erscheinenden *«Freien Gewerkschaftswelt»*.

Grosszügig offerieren gewisse Firmen den Teams oder Arbeitsgruppen, die während einer gewissen Zeit keinen Unfall zu verzeichnen hatten, ein exklusives Essen. Dieses Festmenü wird dann in der Kantine serviert, wo rund herum die Kollegen sitzen, die nicht «prämiert» wurden. Sie «blicken auf eine festliche Tafel, mit der auch sie selbst ausgezeichnet worden wären, wenn nicht so ein ‚Schwachkopf‘ – so dachte einer laut – aus der eigenen Gruppe einen Arbeitsunfall gehabt hätte oder wenn er zumindest trotz Unfall

in den Betrieb gekommen wäre». Die Firmenleitung erreicht auf diese Weise den gewünschten Effekt; das vorgegebene Wohlwollen ist nichts anderes als ein brutaler psychologischer Druck.

Unter den Nachfolgern Lenins erfreute sich Nikolai Bucharin zweifellos der grössten Popularität (trotzdem gelang es Stalin, gestützt auf den Organisationsapparat, die Macht zu erringen). Er wurde 1888 geboren und zählte während der Revolution und in den ersten Jahren der Sowjetunion zu den führenden Köpfen der Bolschewiki. Wegen der Politik der forcierten Industrialisierung kam er in Gegensatz zu Stalin, verlor seine Stellung und seinen Einfluss. Schlussendlich wurde er im «Prozess der Einundzwanzig» am 15. März 1938 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

In einem konzentrierten, aber sehr informativen Beitrag berichtet nun der bekannte oppositionelle, in Moskau lebende Marxist Roy Medwedew (Autor der faktenmässig besten Geschichte des Stalinismus) in der Oktober-Nummer der sozialistischen Wiener Zeitschrift «Zukunft» über die zwei letzten Lebensjahre Bucharins. Er stützt sich dabei auf Gespräche mit der Gattin Bucharins, die 18 Jahre in Gefängnissen, Lagern und in der Verbannung verbracht hat. Medwedews Beitrag ergänzt und korrigiert die bekannte Vorgeschichte des «Prozesses der Einundzwanzig».

Das Oktober-Heft der in Bonn erscheinenden «Neuen Gesellschaft» (Chefredaktor Herbert Wehner) enthält zwei Schwerpunktthemen von grosser politischer Brisanz, die seit einigen Jahren im Zentrum aller kommunalen Auseinandersetzungen stehen und vermutlich auch noch einige Jahre im Brennpunkt stehen werden. Der Problembereich «Städtebau» wird in der «Neuen Gesellschaft» in drei Arbeiten behandelt. Dieter Haack befasst sich mit «Städtebaupolitik als Zukunftsaufgabe», Dieter Sperling überschreibt seine Arbeit mit «Bauen für nachbarschaftliche Demokratie – Bebaute Umwelt und soziales Verhalten» und Ulrich Pfeiffer äussert sich zu «Widersprüche zwischen Einstellungen und Verhaltensweisen der Staatsbürger – Konsequenzen für die Stadtentwicklungspolitik». Das zweite Schwerpunktthema heisst «Bildungspolitik». Mit «Unbehagen an der Schule» ist ein Aufsatz Wilfried Meyers überschrieben, der Titel von Hans-Wolf Butterhofs kritischer Stellungnahme lautet «Alternativen von vorgestern für die Bildungspolitik von morgen», eine Bilanz über die «Politisierung der Wissenschaften» zieht Bruno W. Reimann, und Joachim Hofmann-Göttig stellt die provokative Frage, ob die sogenannte deutsche Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung eine «Beamten schmiede für Duckmäuser?» sei.